



BÜRGERINFO der GR-Liste MuttersPLUS

Unsere Mutteralmbahn

Im Frühjahr 2018 war die Berichterstattung über die Muttereralm Liftgesellschaft sehr intensiv. Mit großer Verwunderung haben wir in der Tagespresse gelesen, dass die Liftgesellschaft finanzielle Probleme hat und zusätzliches Geld von den Gesellschaftern benötigt. Die Gemeinde Mutters hält circa 20% der Anteile an dieser GmbH. Unser Erstaunen war deshalb groß, weil unser Bürgermeister in den letzten Jahren im Rahmen von Gemeinderatssitzungen immer wieder kurz erwähnt hatte, wie gut es bei der Muttereralmbahn laufen würde.

In der GR-Sitzung vom **20. Feber** war eine erste **Geldspritze für die Liftgesellschaft** auf der Tagesordnung: Um die Finanzierung der fertigzustellenden Anlagen sichern zu können, brachte der Tourismusverband € 300.000,- auf. Dies war unter anderem mit der Forderung verbunden, dass die Gemeinde Mutters als Gesellschafterin auch **€ 75.000,00** zahlt. Der Bürgermeister hat diesen Beschluss mit seiner Liste alleine durchgezogen. Die gesamte Opposition war dagegen. Es konnte uns nicht plausibel erklärt werden, warum

der Liftbetreiber Anlagen baut, ohne die dafür notwendige Finanzierung von vornherein gesichert in der Tasche zu haben!

Aber damit nicht genug: In der Sitzung vom **27. März** war schon wieder das Thema Finanzierungsbedarf der Liftgesellschaft auf der Tagesordnung. Es musste noch mehr frisches Geld in die Lift-GmbH fließen. Wofür genau dieses Geld notwendig sei, konnte man uns wieder nicht so richtig erklären. Nur eines war klar: Der Lift benötigt noch viel mehr Geld. **Die Bürgermeisterliste sprach davon, den Lift mit jährlich rund 100.000,- sponsern zu wollen – und das für die nächsten 10 bis 15 Jahre.** Und so kam es dann auch: Bereits rückwirkend ab 1.1.2018 ist aus der Gemeindegasse nun für 5 Jahre fix und danach für weitere 10 Jahre optional ein hoher finanzieller Beitrag zu leisten: Es wurde für die Berechnung des jährlichen Betrages eine komplizierte Berechnungsformel beschlossen, die recht undurchsichtig ist. In den Beratungen davor war von ca. 60.000,- bis 70.000,- pro Jahr die Rede.

Wir haben vor der Abstimmung darauf hingewiesen, dass dem Gemeinderat weder ein Konzept der Geschäftsführung vorliegt, noch sonst irgendwelche Unterlagen zur Einsichtnahme zur Verfügung standen. Wir haben aktuelle Bilanzen der Liftgesellschaft sehen wollen, aber der Bürgermeister wies unsere Forderung mit den Worten „Das ist hier kein Wunschkonzert!“ ab. Aber ohne irgendwelche Unterlagen in der Hand zu haben, um über die Verwendung von ungefähr 1 bis 1,5 Mio € Steuergeldern zu entscheiden, widerstrebte uns total. Wir finden, dass man so nicht seriös entscheiden kann. Daher blieb uns nichts anderes übrig, uns gegen diese Subvention auszusprechen, die sogar unsere Kinder finanziell belasten wird. **Wir sind der Meinung, dass verantwortungsvoller Umgang mit Gemeindegeld anders aussieht.**



GRÖSSTE FEHLENTSCHEIDUNG DER LETZTEN JAHRE

Im vergangenen Mai sollten die Bagger auffahren. Dort, wo bisher die Dependance des ehemaligen Hotels „Altenburg“ steht, wird ein neues Gebäude dem Kirchplatz neues Leben einhauchen. Klingt gut. Details zum neuen Projekt sind unserer Meinung aber sehr erschreckend: Wussten Sie, dass der Neubau wesentlich höher sein wird als die bisherige Giebelhöhe?! Der derzeitige dörfliche bauliche Charakter unseres Dorfkerns wird zerstört werden – und das unwiederbringlich. Die Liste MuttersPLUS hält dieses Bauprojekt aus baulicher Sicht mit einer Baudichte Faktor 5 für eine Katastrophe. Ein Betonklotz soll in Kürze den Dorfplatz dominieren – und das Mutters, das Ende der 60er-Jahre zum schönsten Dorf Tirols prämiert wurde, verschwinden lassen.

Wir sind der Meinung, dass das geplante Vorhaben inhaltlich nicht den Bedürfnissen unserer Gemeinde entspricht. Wir haben nichts gegen einen Neubau, der sich vom baulichen Aspekt her harmonisch in das bestehende Ortsbild einfügt. Nach unseren Vorstellungen sollte in das Zentrum auch das Gemeindeamt kommen, damit endlich das Amtsgebäude den, seit einigen Jahren bestehenden, gesetzlichen Anforderungen der Barrierefreiheit entspricht. Derzeit ist das nämlich nicht der Fall! Weiters würden wir dort Räumlichkeiten vorsehen, die der Allgemeinheit nützlich sind und somit den Fortbestand wichtiger Infrastruktur sichern – auch die Polizeiinspektion benötigt zeitgemäße und barrierefreie Räume. Man könnte auch für ein Postamt die notwendigen Voraussetzungen schaffen.

Skeptisch sehen wir hingegen, wenn man in diesem Neubau 13 Kleinst- und Kleinwohnungen unterbringen möchte, so wie im derzeit vorhandenen Plan vorgemerkt. In der Wortwahl wieder sehr gut verpackt, nennt man diese Wohnungen „Startwohnungen“, fraglich nur, ob diese auch am richtigen Standort gebaut werden. Wir befürchten, dass in wenigen Jahren sich die Bewohner des neuen Hau-

ses über das Geläute der auf selben Höhe schwingenden Kirchturmglöckchen beschweren werden oder über die Schallübertragungen aus den Räumen der Musikschule, die auch in diesem Gebäude untergebracht werden soll. Die Mehrkosten auf baulicher Seite, damit sich der Schall nicht in die darüber liegenden Wohnungen überträgt, werden enorm sein.

Damit sind wir schon bei der Finanzierungsseite angelangt: Obwohl der Gemeinde die Grundstücke bereits gehören, auf denen nunmehr überdimensional gebaut wird, kann die Gemeinde den Bau des Gebäudes nicht selbst finanzieren. In den vergangenen Jahren bzw. Amtsperioden hat die Gemeinde zu wenig Geld gespart, damit wir uns ein neues Gebäude leisten können. Aus diesem Grund baut nun eine Bau-trägergesellschaft das Haus, für das die Gemeinde für einige Einheiten sogar die **Mietausfallhaftung** übernommen hat. **Den Baurechtszins für die ersten 15 Jahre lässt sich die Gemeinde gleich zu Vertragsbeginn auszahlen (warum eigentlich, wenn angeblich ausreichend Geld vorhanden ist?). Dieser Topf ist aufgebraucht, bevor man überhaupt zu bauen begonnen hat! Die Aussiedlungskosten und Mietzahlungen** an die bisherigen Mieter aus dem Apothekenhaus sind enorm. In finanzieller Hinsicht hat die Gemeinde für mehr als ein halbes Jahrhundert die Rechte aus dieser Liegenschaft an den Bau-träger abgegeben.

Und noch ein interessantes Detail: Das neue Haus soll neben den geplanten 13 Wohnungen noch die Apotheke, ein Café und die Musikschule beherbergen. Diesen 16 Mietern steht zwar eine Tiefgarage zur Verfügung, aber diese Tiefgarage hat nur ca. 16-18 Parkplätze. Auch daran ist leicht zu erkennen, dass das Gebäude überdimensioniert ist! Welcher private Häuslbauer würde die Baubewilligung bekommen, wenn nicht ausreichend Kfz-Abstellplätze vorhanden sind?

Mehr Rastplätze

Früher gab es im Bereich des „Ochsenberges“ einige Sitzbänke zum Verweilen im Schatten der Bäume. Dann fuhren vor einigen Jahren die Bagger auf und die Birchfeldsiedlung wurde gebaut bzw. erweitert. Auch nach Abschluss der meisten Bauarbeiten bzw. der Straßenbauarbeiten blieben die vielen Sitzbänke weiter verschwunden.

Im vergangenen Jahr haben sich einige ältere Gemeindebürger über die fehlenden Bänke zum Verweilen beschwert. Der Fußmarsch vom Dorfzentrum zum Waldfriedhof ist ja nicht kurz! Da können Sitzgelegenheiten zum Ausrasten sehr nützlich sein. Wir sind dieser Bitte unserer älteren Mitbürger sehr gerne nachgegangen und haben beim Tourismusverband zusätzliche Bänke urgieren. Erste Erfolge sind bereits sichtbar, weitere Bänke sollen folgen.

Für uns ist das ein Beispiel dafür, dass man mit kleinen Investitionen auch großen Nutzen stiften kann. Wenn auch Sie ein Anliegen haben, zögern Sie nicht und melden sich bei uns! Wir setzen uns für ein lebenswertes Mutters ein.

VEREINSHEIM IN KREITH

Sollte Ihnen auch schon aufgefallen sein, in welchem schmuddeligen Zustand Teile des Vereinshauses in Kreith vorzufinden waren, dann haben wir jetzt eine gute Nachricht für Sie: GR Simone Larcher aus Kreith hat diesen unhaltbaren Zustand aufgedeckt. Ihr haben wir es zu verdanken, dass seit einigen Monaten die Reinigungskräfte der Gemeinde dort regelmäßig für Ordnung und Sauberkeit sorgen.

Kleiner Aufwand, aber große Wirkung. Das ist ein Beispiel für unsere Art Politik zu machen: Es muss nicht immer mit Pomp und Gloria sein.

POSTAMT IM DORF FEHLT



© W. Strejfeldner für Österreichische Post AG

Im Herbst 2017 hat der letzte Postpartner seinen Betrieb aufgegeben und damit verfügt unser Dorf seither über kein Postamt mehr. Obwohl sich die Gemeinde um einen neuen Postpartner bemüht hat, blieb die Suche erfolglos. Dies hat zur Folge, dass es für die heimische Wirtschaft keine Möglichkeit mehr gibt, die zahlreichen Poststücke schnell zu versenden. Unsere Bürger müssen seither hinterlegte Briefe im zuständigen Postamt im DEZ abholen, was ohne eigenes Fahrzeug äußerst umständlich ist. Für die Liste MuttersPLUS fehlt das Postamt sehr. Eine solche Einrichtung gehört unserer Meinung nach zur Grundversorgung der Bevölkerung, für welche die Gemeinde auch zu sorgen hat. Wir haben daher in der Gemeinderatssitzung im Feber 2018

beantragt, dass die Gemeinde diese für ein Dorf unmittelbar notwendige Infrastruktur zur Verfügung stellt und als Ersatzlösung im Gemeindeamt eine Poststelle eingerichtet wird, die wenigstens an einigen Halbtagen (zB an 2 – 3 Nachmittagen) geöffnet ist, zumindest die wichtigsten Postdienste anbietet und der Bevölkerung zur Verfügung steht. Gerade an Nachmittagen könnte dies mit dem Parteienverkehr gut bewältigbar sein und Parkplätze vor dem Gemeindeamt wären auch vorhanden. Unserer Meinung nach ließe sich diese Maßnahme mit geringen Investitionen durchführen. Vor allem für die ältere Bevölkerung und für die Betriebe hätte dies eine nachhaltig positive Wirkung. Leider hat die Gemeindeführung diese Idee bisher noch nicht aufgegriffen.

ZUSÄTZLICHE PARKPLÄTZE IM ZENTRUM

Bereits in unserem Wahlprogramm haben wir gefordert, dass im Zentrum von der Gemeinde wesentlich mehr Parkplätze geschaffen werden. Leider hat die damalige Gemeindeführung (Bgm. Peer) einen argen Fehler begangen und die beim ehemaligen Café Pichl vorhandenen Parkflächen nicht zur Gänze für den Bedarf der Öffentlichen Hand, bzw. der Bevölkerung reserviert. Seither herrscht akuter Parkplatzmangel im Zentrum. Der Gemeinderat hat in der Februarsitzung die Anmietung von Zusatzflächen in der Schulgasse oberhalb der Apotheke, bzw. des Gehweges zum Musikpavillon (am sog. „Widumsacker“) beschlossen. Dort können nun 16 Kfz-Abstellplätze eingerichtet

werden, die der Allgemeinheit zur Verfügung stehen werden. Im Rahmen dieser Sitzung konnten wir im Zuge der Diskussion erreichen, dass keine Bindung des Verwendungszwecks im Mietvertrag mehr enthalten ist. Daher können z.B. auch Vereine diese Flächen im Rahmen einer Veranstaltung nutzen. Weiters war für uns wichtig, dass alle 16 Parkplätze der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen werden und nicht von der Gemeinde an Dauerparker vermietet werden, denn davon hätte die Allgemeinheit wieder keinen Nutzen. Warum mit der Umsetzung unseres Sitzungsbeschlusses noch immer nicht begonnen wurde, ist rätselhaft.

Schwimmbadrestaurant als Nichtraucherlokal

Im Oktober 2017 wurde die Neuverpachtung des Restaurants im Schwimmbad Mutters ausgeschrieben. Das war noch vor den Nationalratswahlen und niemand ahnte, dass wenige Wochen danach von der neuen Bundesregierung das bereits gesetzlich verankerte absolute Rauchverbot in der Gastronomie, welches ab Mai 2018 gelten sollte, durch eine Gesetzesänderung wieder aus dem Gesetz gestrichen wird.

In der GR-Sitzung vom 19.12.2017 war der Beschluss des Pachtvertrages mit dem zwischenzeitlich ausgewählten Bewerber auf der Tagesordnung. Die neuen Pächter wollten zu diesem Zeitpunkt aber bereits nichts mehr vom Rauchverbot im Lokal wissen. Unsere Fraktion war in der Sitzung federführend und zunächst auch die einzige Gruppierung, die vehement das Rauchverbot in den Räumen des frisch renovierten Restaurants forderte. Wir konnten in einer längeren Diskussion auch weitere Mandatare der anderen Fraktionen von der Vorbildwirkung überzeugen. Schließlich macht das Freizeitzentrum Mutters in der Werbung ja auf das „Familienbad“ aufmerksam. Und der Zeitgeist spricht unseres Erachtens ebenso dafür, das gemeindeeigene Restaurant rauchfrei zu führen.

Das führte dazu, dass die zwei Pachtinteressenten ihre Bewerbung zurückzogen. Eine Neuausschreibung der Pachtflächen im Jänner 2018 war die Folge, in der nachfolgenden GR-Sitzung waren einige Gemeinderäte der Meinung, dass man das Rauchen im Lokal doch zulassen sollte.

Wir bleiben bei unserer Meinung, dass die Gemeinde als Vorbild für den Nichtraucherschutz dienen muss. Das ist Beweis für unseren geradlinigen Weg, den wir im Rahmen der Politik auch von den anderen politisch Tätigen fordern. Der neue Pächter führt das Restaurant seit dem Frühjahr mit viel Elan und ohne Rauch.



Autokauf ohne Legitimation

Vielleicht ist es Ihnen schon aufgefallen: Die Gemeinde hat einen neuen Pritschenwagen besorgt. Der Haken daran: Der Bürgermeister hat dieses Rechtsgeschäft ohne notwendige Legitimation dazu durch den Gemeinderat getätigt. Bis heute fehlt eine gesetzmäßige Beschlussfassung bzw. Genehmigung der Anschaffung!

Aber nun der Reihe nach: Ende August/Anfang Sept 2017 wird der alte Pritschenwagen der Gemeinde verkauft mit der Begründung: Die anstehenden Reparaturkosten seien so hoch, dass ein weiterer Verbleib nicht mehr sinnvoll erscheint. Dann verfügten die Gemeindearbeiter für ein paar Monate über kein Fahrzeug mehr. Erst Ende Nov. bzw. Dezember 2017 wird ein nagelneuer weißer VW Pritschenwagen mit Innsbrucker Kennzeichen am Gemeindebauhof gesehen, zunächst noch ohne Beschriftung.

Wir fragten in der GR-Sitzung vom 19. Dezember 2017 beim Bürgermeister dezidiert an, was es denn mit dem neuen Pritschenwagen auf sich habe. Daraufhin erklärte uns der Vizebürgermeister, dass die Frage komisch erscheine, denn schließlich habe der Gemeinderat den Kauf dieses VWs doch vor einigen Monaten beschlossen. Daraufhin berichtigte der Bürgermeister in der Sitzung den Sachverhalt, dass man den VW nicht gekauft, sondern nur geleast habe, denn das sei günstiger gewesen und auch durch den, angeblich bereits getätigten, GR-Beschluss gedeckt.

Unsere Fraktion verlangte nach der Sitzung vom Gemeindeamt die Vorlage des entsprechenden Sitzungsprotokolls des Gemeinderates (kurz GR), durch welches sich dieser Beschluss des GR nachweisen ließe. Wir bekamen keinen Beweis. Vom neuen Amtsleiter verlangten wir dann nochmals

den Beweis dieses Beschlusses durch Vorlage des Protokolls. Wieder folgte keine Antwort.

Schließlich haben wir diesen Missstand in der März-Sitzung nochmals aufgezeigt und einen Nachweis verlangt, weil der Tagesordnungspunkt „Rechnungsabschluss 2017“ auf dem Programm stand. Jetzt erst gestand der Bürgermeister ein, dass es überhaupt keinen Beschluss zu diesem Auto gibt. Und versprach damals gleich, dass er den fehlenden Beschluss gleich in der nächsten Sitzung nachholen werde.

In der nachfolgenden Sitzung Anfang Mai und auch in den Folgesitzungen war weit und breit nichts von diesem Versprechen des Ortschefs zu bemerken. Für uns ist dieser Fall nur ein Beispiel für das „besondere“ Demokratieverständnis des Herrn Bürgermeisters. ...

AMTSLEITERSTELLE NEU BESETZT

Nach rund anderthalb Jahren Dienstzeit in Mutters hat die Amtsleiterin das Dienstverhältnis aufgelöst. Die Anstellung der Juristin erfolgte damals im Rahmen eines Hearings vor dem gesamten Gemeinderat. Die damalige Nachbesetzung des Langzeitamtsleiters war von intensiven Diskussionen im Rahmen einer Sondersitzung des Gemeinderates begleitet. Damals wurde der Text der öffentlichen Stellenausschreibung maßgeblich von unserer GR Simone Larcher mitgestaltet.

Als wir im Rahmen einer GR-Sitzung im Herbst 2017 von der Auflösung des Dienstverhältnisses hörten, ging unsere Fraktion selbstverständlich wieder davon aus, dass wir die näheren Modalitäten zur Neuausschreibung und zur Nachbesetzung im Gemeinderat erörtern werden. Weit gefehlt: Wir waren überrascht, als wir die Stellenanzeige in der TT sahen. Der Bürgermeister hatte die

Ausschreibung ohne Gemeinderatsbeschluss publiziert. Erst in der darauffolgenden GR-Sitzung wurde diese Stellenausschreibung nachträglich abgesehnet.

Danach stellte der Bürgermeister mit den Worten „Diesen Fehler mache ich nicht noch einmal!“ den Antrag, dass er alleine über diese wichtige Personalbesetzung in der Gemeinde entscheiden wolle und nicht mehr unter Einbeziehung des Gemeinderates. Naturgemäß hat die Bürgermeister-Fraktion mit ihren 9 Stimmen diesem Ansinnen des Ortschefs zugestimmt. In der Folge hat der Bürgermeister alleine den neuen Amtsleiter ausgewählt und per 1. Feber 2018 eingestellt.

Erst in der Ende Feber stattgefundenen GR-Sitzung wurde der Dienstvertrag mit allen seinen Details rückwirkend dem Gemeinderat zur Kenntnis

gebracht. Die Abstimmung war nur eine Formsache, schließlich waren ja bereits Fakten geschaffen worden.

Während in anderen Tiroler Gemeinden grundsätzlich der gesamte Gemeinderat in eine solch wichtige Personalentscheidung eingebunden wird und damit demokratiepolitisch und moralisch eine Selbstverständlichkeit umgesetzt wird, sah sich unser Bürgermeister zu einer gänzlich anderen Vorgangsweise veranlasst.

Laut der Tiroler Gemeindeordnung ist der Gemeinderat das höchste Gremium einer Gemeinde. Die Umgehung des Gemeinderats in dieser Angelegenheit durch den Bürgermeister ist höchst fragwürdig und demokratiepolitisch bedenklich. Sie zeigt, dass der Bürgermeister nicht einmal seiner eigenen Fraktion, welche über die absolute Mehrheit verfügt, vertraut.

